



Nr. 293.

Breslau, Dienstag den 15. December.

1846.

Verleger: Wilhelm Gottlieb Korn.

Redakteur: M. Hilscher.

Bekanntmachung.

Um das Geschäft der Einholung der neuen Zins-Coupons Series X für die 4 Jahre 1847 bis einschließlich 1850 zu den Staatschuldenscheinen bei unserer Hauptkasse bald möglich zu beenden, werden die Inhaber der Staatschuldenscheine am hiesigen Orte und unsers Departements, welche dieselben zu diesem Behuf bis jetzt noch nicht eingereicht haben, in Folge unserer Bekanntmachung vom 11. Juli d. J. hierdurch aufgefordert, die Staatschuldenscheine mittelst des vorgeschriebenen in duplo angefertigten Verzeichnisses, in sofern sie die Einholung der Zins-Coupons durch unsere Hauptkasse wünschen, — schleinigt und wo möglich bis Ende December d. J. an gedachte Hauptkasse einzureichen.

Breslau den 4. December 1846.

Königliche Regierung.

Aufforderung.

Die Einreichung der Erziehungs-Berichte und Vermundschafits-Rechnungen für das Jahr 1846 wird den, der Aufsicht des Vermundschafits-Gerichts untergeordneten Herren Vermündern in Erinnerung gebracht und erwartet, daß bis Ende Januar 1847 alle Berichte und Rechnungen eingehen. Nach Ablauf dieser Frist wird die anderweite Aufforderung auf Kosten der Säumigen ergehen.

Die Erziehungs-Berichte müssen vollständig und ihrem Zwecke entsprechend zu den in der Bestallung nach dem Buchstaben und der Nummer bezeichneten Acten erstattet und denselben die Zeugnisse der betreffenden Lehrer über den regelmäßigen Schulbesuch der Pflegebefohlene beigelegt werden.

Die Unterschrift des Vermündes muß; außer dem vollständigen Namen und Charakter, auch die genaue Angabe der Wohnung enthalten.

Zu den Erziehungs-Berichten erhalten die Herren Vermünden gegen Bezahlung Formular beim Buchhändler Aderholz am Ringe. Breslau den 9. December 1846.

Königl. Vermundschafits-Gericht.

Uebersicht der Nachrichten.

Schreiben aus Berlin (der Gustav-Adolph-Verein, das neue Bank-Institut, Verhaftungen), Königsberg (die Anträge für den nächsten Provinzial-Landtag), Münster (der neue Bischof), Köln, Koblenz (Maler Lessing) und Elberfeld (die Schuldenscheine). — Aus Karlsruhe (Ministerwechsel), Mannheim, Darmstadt, Kurhessen, München, Schwerin und Hamburg. — Schreiben aus Lemberg. — Krakauer Briefe. — Aus Kopenhagen. — Schreiben aus Paris. — Aus London und Dublin. — Aus Madrid. — Aus der Schweiz. — Aus Athen.

Inland.

Berlin, 13. December. — Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Polizei-Präsidenten v. Minutoli in Posen die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen; an die Stelle des in den Ruhestand tretenden General-Prokurator beim rheinischen Revisions- und Cassationshofe, Wirklichen Geheimen Raths Eichhorn, den bisherigen General-Advokaten bei diesem Gerichtshofe, Geheimen Ober-Justizrat Jaehnigen, zum General-Prokurator; den bisherigen General-Prokurator bei dem rheinischen Appellations-Gerichtshofe zu Köln, Geheimen Ober-Justizrat Berg haus, zum General-Advokaten bei dem rheinischen Revisions- und Cassationshofe; und den Geheimen Ober-Revisions-Rath Nicoloivius zum General-Prokurator beim rheinischen Appellations-Gerichtshofe zu

Köln, unter Beilegung des Charakters als Geheimer Ober-Justizrat, zu ernennen; die durch die Versetzung des jüngsten Ober-Landes-Gerichts-Directors, Geheimen Justizraths v. Schröter, nach Köslin erledigte Directorstelle bei dem Kriminalgerichte hierselbst dem bisherigen zweiten Kriminalgerichts-Director Maeker zu verleihen; den Land- und Stadtgerichts-Director und Kreis-Justizrat Schwarcz zu Schwerin zum Ober-Landes-Gerichts-Rath bei dem Ober-Landes-Gerichte in Ratibor; und den bisherigen Baurath Linke zu Berlin zum Ober-Baurath und Mitgliede der Ober-Bau-Deputation zu ernennen.

Dem Orgelbauer Adam Fischer zu Boele, im Kreise Hagen, ist unterm 6. Decbr. 1846 ein Patent „auf eine durch Modell und Beschreibung nachgewiesene, für neu und eigenthümlich erkannte Anordnung der Schieber an den Orgel-Windladen“, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preuß. Staats ertheilt worden.

Se. Excellenz der Ober-Burggraf des Königreichs Preußen, v. Brünneck, ist nach Trebnitz abgereist.

Se. Maj. der König haben dem Hauptmann a. D. Fehren. v. Zedlitz-Leipe auf Leichenau den Charakter als Major Allergnädigst zu ertheilen geruht.

Ernennungen, Beförderungen und Versetzungen in der Armee. Gr. v. Oriolla, Major vom gr. Generalstab, gestattet, das ihm verliehene Ritterkreuz des kgl. hannov. Guelphensordens zu tragen. Löffel, Major a. D., zuletzt in der 5. Artill.-Brig., gestattet, die Art.-Unif. mit den vorschr. Abz. für B. zu tragen. v. Werder I., Gen.-Maj. a. D., zuletzt Comdr. der 3. Inf.-Brig., der Char. als Gen.-Lieut. beigelegt. v. Wussow, Gen.-Major u. Comdr. der 16. Inf.-Brig., gestattet, das ihm verliehene Comdr.-Kreuz 1. Klasse des kurf. hess. Hausordens vom goldenen Löwen zu tragen.

△ Berlin, 12. Decem:ee. — Des Königs Majestät beabsichtigt, den 14ten d. M. sich nach Sagan zu begeben, wo die Herzogin von Sagan bereits viele Vorbereitungen zur Aufnahme ihres hohen Gastes hat treffen lassen. Dieselbe will unserm Monarchen in ihren umfangreichen Forsten eine große Jagd veranstalten. — Die neuesten Nachrichten aus Genua über Befinden der Prinzessin Luise flößen leider die größte Besorgniß ein. Die tiefbekümmerten Eltern der hohen Kranken sollen sich vor Gram ganz aufzuhören. — Der unter dem Protektorat des Prinzen von Preußen hier bestehende Verein für wissenschaftliche Vorträge, welche während des Winters wöchentlich einmal in der Singakademie gehalten werden, hat aus dem Ueberschusse seiner Einnahme 4000 Thaler zur Errichtung von Volksbibliotheken in Berlin bestimmt. Vorläufig sollen vier solcher Volksbibliotheken hier nächstens ins Leben treten. — Die gestern in der Singakademie stattgefundenen General-Versammlung des Berliner Gustav-Adolph-Vereins ist als eine der interessantesten Sitzungen anzusehen, die je hier gehalten wurden. Die Räume des Saales, welche über 1500 Personen fassen, waren gleich bei Eröffnung des Saales, was eine Stunde vor dem Beginn der Sitzung geschah, von Mitgliedern überfüllt. Hr. Oberbürgermeister Krausnick eröffnete als Vorsteher des evang. Gustav-Adolph-Vereins um 4 Uhr Nachmittags die Versammlung mit einer kurzen Rede, worauf die Prediger Jonas und Sydow, so wie der Geh. Rath Jonas, mehrere Stabsoffiziere und noch viele andre Männer begeisternde Worte gegen die Ausweisung Rupp's aus dem Gustav-Adolph-Verein sprachen, welchen der größte Theil der Versammlung den launtesten Beifall zollte. Nur eine Minorität sprach sich darauf in einigen unbedeutenden Reden für die Ausweisung Rupp's unter vernehmbarem Missfallen der Menge aus. Nach langen Debatten erhob sich dann der Oberbürgermeister um 9 Uhr Abends wieder von seinem Sitz und teilte das Resumé der Versammlung mit, welches dahin lautete, „daß der hiesige Gustav-Adolph-Verein die Ausweisung Rupp's missbillige und daß solches dem Centralvereine der Gustav-Adolph-Stiftung so wie den übrigen Vereinen mitgetheilt werden soll.“ Prediger Pischon schloß die Sitzung mit einem kurzen Gebet. Das Resultat dieser Versammlung hat hier um so mehr überrascht, da von der

mächtigen Gegenpartei Alles aufgeboten worden ist, Rupp's Ausschließung zu genehmigen. — In der gestern abgehaltenen General-Versammlung der wahlfähigen Mitglieder des neuen Bank-Institus wurde die Wahl der 15 Deputirten vorgenommen. Die gewählten Deputirten kommen den 15ten d. M. wieder zusammen, um die nötigen Vorbereitungen zu dem mit Neujahr ins Leben tretenen Institut zu treffen. Die Rede, welche der vorstehende Minister Rother in der Versammlung hielt, legt man sehr günstig für den Handelsstand aus, wiewohl der Minister sich auf keine Spezialitäten darin einließ.

(Voss. 3.) Die Polizei hat sich veranlaßt gesehen, am 10. d. M. theils des Abends theils in der Nacht mehrere Verhaftungen in unserer Stadt zu bewirken. Diese Maßregel scheint die Folge von Versammlungen gewesen zu sein, welche theils in der Jakobsstraße, theils in der Leipziger Straße gehalten wurden und worin die Verfassung und Verwaltung des Staates, die Persönlichkeiten höherer Beamten, außerdem aber sociale Ideen und Tendenzen die Gegenstände d'r Besprechung abgaben. Die Verhafteten gehörten sehr verschiedenen Kreisen an; es befinden sich darunter Schriftsteller, Gewerbetreibende, Kaufleute u. s. w. Einige Persönlichkeiten sind schon früher aus den Conflikten mit den Behörden bekannt geworden, namentlich ein früher sehr wirksames Mitglied des Handwerkervereins. Man will wissen, daß die Verhafteten die jetzt gegen sie ergriffene Maßregel schon länger vorauszusehen in der Lage waren. Mehrere von ihnen sind gleich am folgenden Morgen wieder auf freien Fuß gestellt worden, andere harren dem weiteren Verfahren entgegen. — Aus den mannigfaltigen Gerüchten, welche sich über das vorerwähnte Faktum verbreitet haben, heben wir noch Folgendes als das anscheinend verbürgteste heraus. Die Versammlungen sollen den Charakter eines konstituierten Vereins angenommen und dem lechteren namentlich statutarische Normen zum Grunde gelegen haben. (1) Ferner soll ein Lesezirkel verbotener Bücher unter ihnen bestanden haben, obwohl es auch möglich erscheint, daß hier eine Verwechslung mit einem andern schon länger bestehenden politischen Lesezirkel, dem sog. Schraderschen, zum Grunde liegt. Die Zahl der Verhafteten wird sehr schwerd zwischen 20 und 40 angegeben. Bestimmt befinden sich darunter ein Candidat, ein junger Kaufmann, ein Weber, der sich früher im Handwerkerverein durch ansprechende Gedichte bekannt gemacht hatte, Gehilfen aus der Werkstatt eines hierigen Mechanikus, worunter auch ein Russe u. A. m. Hoffentlich wird schon die nächste Zeit zuverlässigere und beruhigendere Mittheilungen über dies an sich jedenfalls beklagenswerthe Ereigniß bringen.

(Spen. 3.) Die Wichtigkeit der Zeitfragen auf dem Boden des Rechts und für das richterliche Verfahren hat die hiesigen Richter veranlaßt, sich zu einer Gesellschaft zu vereinigen, welche in wöchentlichen Zusammenschriften obige Fragen bespricht. — Die städtischen Behörden Berlins haben schon vor einiger Zeit festgestellt, daß den Lehrern, welche ihr Lehramt untadelhaft verwalten, von fünf zu fünf Jahren eine Zulage von fünfzig Thalern gewährt werden soll, ohne Rücksicht darauf, ob sie inzwischen in eine einträglich re Stellung eingrücken sind: sie haben ferner in denjenigen Privat- und Parochialschulen, in welchen Kinder auf Kosten der Stadt unterrichtet werden, die Lehrgehalte fest normirt. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten ist es nun zur Sprache gekommen, daß, ungeachtet dieser Verfestigungen, bei der jeglichen Theuerung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse, die Lage derjenigen städtischen Lehrer eine recht bedauernswerte sei, welche ein Einkommen von noch nicht 900 Thalern haben und eine Familie bessigen, und es ist daher dreizehn solcher Lehrer eine Unterstützung von resp. 50, 30 und 20 Thalern aus der Stadtkasse bewilligt worden, ohne daß ein Antrag von Seiten der Lehrer selbst gemacht worden wäre.

Königsberg, 16. Octbr. *) Vor einigen Tagen hat eine Commission, bestehend aus Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung, die Anträge berathen, welche im Namen der Stadt Königs-

*) Durch Ober-Censurgerichtliches Erkenntniß der Danziger Zeit. zum Druck verstaeter. D. R.

berg bei dem nächsten Provinzial-Landtage gemacht werden sollen. Einstimmig wurden nachstehende zwölf Anträge beschlossen: 1) auf eine allgemeine ständische Verfassung; 2) darauf aufmerksam zu machen, daß durch das Gesetz vom 17. Juli d. J., durch welches eine neue Criminalprozeß-Ordnung eingeführt wird, in gewissen Fällen die Rechtsicherheit gefährdet werden könnte. Dieses neue Criminalprozeß-Gesetz, welches vorläufig erst das Verfahren bei dem Kammergerichte und bei dem Criminalgerichte in Berlin regelt, hebt nämlich die bisherige künstliche Beweistheorie auf und setzt dagegen fest, daß der Richter nach genauer Prüfung aller Beweise für und wider nach seiner freien, aus dem Inbegriff der vor ihm erfolgten mündlichen Verhandlungen geschöpften Ueberzeugung zu entscheiden habe. So sehr es die allgemeine Zustimmung haben möchte, daß in den gewöhnlichen Criminalprozessen die Richter wie die Ge schworenen nur nach ihrer Ueberzeugung zu entscheiden haben, so sehr sei aber auch wohl die Ueberzeugung begründet, daß in Tendenz- und politischen Prozessen überhaupt ein Richter vielleicht nicht immer Festigkeit des Charakters genug besitzen könnte, um dem Gesetze vom 29. März 1844 gegenüber, welches sein Schicksal ganz in die Hand des Justizministers gelegt habe, seiner Ueberzeugung gemäß auch da zu entscheiden, wo diese Ueberzeugung bestimmten Wünschen und Erwartungen nicht entspricht. Der dritte Antrag betrifft die Wählbarkeit der Landtagsabgeordneten im Stande der Städte und geht dahin, daß statt des zehnjährigen Besitzes eines städtischen Grundstückes eine kürzere Zeit des Besitzes genüge, um wählbar zu sein. Der vierte Antrag hat die Dessenlichkeit der Sitzungen der Stadtverordneten zum Gegenstande, der fünfte die Pressefreiheit und gänzliche Aufhebung der Censur, und der sechste die Gleichstellung der Juden in den bürgerlichen Verhältnissen mit den christlichen Staatsbürgern. Der siebente Antrag bezieht sich auf das Gesetz vom 29. März 1844, die Absehbarkeit der Richter betreffend, und macht von Neuem darauf aufmerksam, daß durch dieses Gesetz die Rechts sicherheit gefährdet sei. Der achte Antrag geht auf Lehr freiheit, der neunte setzt auseinander, daß das Gesetz vom 5. Juli 1832, nach welchem öffentliche Versammlungen und öffentliche Reden nur mit Erlaubniß der Polizei gehalten werden dürfen, für unsere Provinz ein ganz neues ist, indem dieses Gesetz vom deutschen Bunde für die Bundesstaaten erlassen und in dem königl. Publikations-Patente ausdrücklich erklärt war, daß dasselbe für die Provinz Preußen keine Geltung haben sollte. In neuester Zeit ist dieses Gesetz auch auf unsere Provinz ausgedehnt, ohne daß zuvor dasselbe, wie das Gesetz vom 5. Juli 1823 es festsetzt, dem Landtage unserer Provinz zur Begutachtung vorgelegt war. Der zehnte Antrag ist auf Gleichstellung des Militärs mit dem Civil in Bezug der Besteuerung, der elfte auf Gleichstellung des Militärs mit dem Civil in Strafsachen und der zwölften auf Vermehrung der Zahl der Landtags-Abgeordneten aus dem Stande der Städte gerichtet."

Münster, 9. Decbr. — Heute Morgen um $\frac{1}{2}$ 11 Uhr hielt der königl. Commissarius Graf Landsberg-Belen seine Auffahrt zum Dome und überreichte den im Capitelhause versammelten Domherren das Aller höchste Beglaubigungsschreiben. Die dabei beobachteten, bis ins kleinste Detail vorgeschriebenen Formalitäten gaben dem Zuschauer zu manchen interessanten Betrachtungen Anlaß. Der Commissarius fuhr in einem mit 6 Pferden bespannten Staatswagen zum Dome. Kutscher und Lakaien waren gepubert; sie hatten Haarbeutel im Nacken und im Gesichte einen seltsam üppigen Haar wuchs. Das Geschirr erinnerten sich viele Münsteraner einstmals gesehen zu haben. Der Weihbischof Melchers und Domherr Kellermann, die beiden ältesten Mitglieder des Capitels und Haupt-Candidaten zum Bischofsthule, empfingen den Commissarius am Eingange zum Dome und zogen mit demselben, begleitet von der Regierungs-Deputation, den Lakaien und der gesammelten Dom- und Pfarrgeistlichkeit durch den Domgang, der von beiden Seiten von dem städtischen Schützen-Corps besetzt war, zum Capitelhause. Der Justitiarius des Bischofs ging einsam und verlassen hintenan. Als sich der Zug in Bewegung setzte, erscholl der Commando-Ruf: „Still gestanden! Gewehr auf! Achtung! präsentirt das Gewehr!“ und rauschend fiel die Militairmusik ein. Bei der Rückkehr der Festpersonen geschah desgleichen. Nach beendigter Feierlichkeit im Dome begab sich das gesammte Schützen-Corps zum Schlosse und legte Sr. Excell. dem Minister Flotow einen Beweis seiner Loyalität ab, indem es diesem ein Hoch brachte und in Paradesmarsch vor demselben, welcher in Person aus dem Schloss trat, vorbeizog. —

Der hier wohnende bekannte Literat Steinmann scheint in den höheren Regionen für ein sehr gefährliches Sub ject gehalten zu werden. Kürzlich ist er wiederholt durch ein Justizministerial-Rescript ernstlich auf seine Stellung als Staatsdienner verwiesen worden, da man, wie es in dem Rescripte heißt, in Erfahrung gebracht habe, daß er sich mit dem Communisten Katt in Brüssel in Verbindung gesetzt habe und dessen revolutionäre Schriften in Deutschland verbreiten wolle. Dieser Vorwurf trifft Herrn Steinmann völlig unbegründet. Ein

jeder, der der literarischen Thätigkeit Steinmanns in der letzten Zeit gefolgt ist, wird wissen, daß derselbe den Communismus wie die Pest scheut, und einer der heftigsten, wenn auch geistlosesten Gegner des Communismus ist. Die Sache verhält sich vielmehr so: Steinmann ging vor längerer Zeit den Volksführer Katt mit der Bitte an, ihm für sein nächstens erscheinendes Buch: „Ueber völkisches Leben“ Material zu senden. Katt kam dieser Bitte bereitwillig nach, setzte sich mit Steinmann in Correspondenz und versprach demselben ihm seine sämtlichen Flugschriften zur Benutzung zuschicken. Es ist bis jetzt noch ein Rätsel, auf welche Weise die Ministerien von dieser Privat-Angelegenheit Kenntnis erhalten haben.

Münster, 10. December. — Die Wahlfreileiten sind vorüber und ich beeile mich, Sie vor dem Abgänge der Post davon in Kenntnis zu setzen, daß der Domherr Kellermann von dem Domkapitel zum Bischof gewählt und durch den Regierungs-Commissar Namens des Königs sofort bestätigt ist. Als gegen 1 Uhr die Publication der Wahl von der Gallerie des Apostelganges herab durch den damit beauftragten Domherren Krabbe erfolgte, war der Jubel sehr groß und jeder Unbefangene mußte die Ueberzeugung gewinnen, daß das Resultat der Wahl den Wünschen der Anwesenden entspreche. Seltsamer Weise wurde kurz vor der Publication, sogar von Geistlichen, im ganzen Dome erzählt, daß die Wahl den Ehren-Domherren Pfarrer Schönbrodt zu Kempen getroffen habe. In das Hoch, welches dem neuen Bischofe sofort nach der Publication oder vielmehr während der Publication bei dem Aussprechen des Wortes Kellermann gebracht wurde, mischte sich daher ein Ton der freudigsten Überraschung. Kellermann hat sich als Freund und Beichtvater des verstorbenen Clemens August, Erzbischof von Köln, seiner Zeit einen Namen erworben und soll mit diesem sehr viele Ahnlichkeit haben. Wir wollen jedoch in dieser Beziehung nicht voreilig präjudiciren und es der Zukunft zu entscheiden überlassen, wie Kellermann den Stab führen wird.edenfalls spricht die allgemeine Popularität, so wie seine Lebensgeschichte, zufolge welcher er sich aus dem niedrigen Stande eines Webers durch Fleiß und Talent zu einer so einflußreichen Stellung hervorgearbeitet hat, rühmlich für ihn. Gegenwärtig ist er bereits 72 Jahre alt, jedoch noch bei weitem rüstiger, als der Weihbischof Melchers, welcher faktisch schon seit vielen Jahren der Bischof von Münster war und jetzt gewählt zu werden sicher gehofft haben soll. Die Einzelheiten der heutigen Feierlichkeit werden für die meisten Ihrer Leser wenig oder gar kein Interesse haben. Es verdient nur bemerkt zu werden, daß sich der Münstersche Adel männlichen und weiblichen Geschlechts bei dem Zuge durch den Dom dem Publikum zu präsentieren geruhte und, gleichsam als ob er ein Privilegium dazu hätte, die den unprivilegierten Menschen gesperrten Gänge und Plätze ungeniert benutzte.

Köln, 4. Decbr. (Köln. 3.) Die Blätter haben von den erfolglosen Haussuchungen bei dem Dr. med. D'Ester und Lithographen Camphausen davor berichtet. Die Behörde hat sich nun überzeugt, daß der Druck des incriminierten Pamphlets nicht durch die gedachten Herren bewirkt worden. Für Dr. D'Ester aber ist es von wesentlichem Interesse, zu wissen, wer ihm die Be lästigung einer Haussuchung veranlaßt habe. Zur Entlarvung des Denuncianten nun gibt der französische Tarif der Kosten in Strafsachen vom 18. Juni 1811, Art. 56, durch folgende Verfügung das geeignete Mittel an die Hand: „In Zuchtpolizei- und einfachen Polizeisachen darf den Parteien keine Ausfertigung oder Abschrift von Procedurstücken ohne ausdrückliche Erlaubniß des Generalprokurator ausgehändigt werden. Jedoch soll denselben, auf bloßes Anfordern, Ausfertigung der Anzeige Behufs Bestrafung der Denunciation, der Ordonnangen und Endurtheile, auf deren Kosten ertheilt werden.“ Die Verfügung ist klar. Was die zuletzt genannten Procedurstücke betrifft, insbesondere die Denunciation, so hat der Inquisit ein Recht auf deren Kenntnisnahme, die Abschrift darf ihm nicht verweigert werden. Auf Grund dieses Artikels wendete sich Dr. D'Ester auf dem vorschriftsmäßigen Wege an den hiesigen Obersekretär, mit dem Gesuche um eine Ausfertigung der gegen ihn vorliegenden Denunciation gegen taxmäßige Bezahlung. Darauf ein Bescheid des öffentlichen Ministeriums, daß sich bei den Untersuchungsaufgaben kein Schriftstück befindet, auf dessen Ausfertigung der Geschäftsteller nach Art. 56 des Dekrets vom 18. Juni 1811 ein Recht habe. Dr. D'Ester wird sich bei der ihm gewordenen Antwort nicht beruhigen.

Koblenz, 6. Decbr. (Köln. 3.) Gegen einen jener Seelenverkäufer, welche unter allerlei Manövers unsre armen Landleute zur Auswanderung verleiten und sie so dem größten Elend überlassen, hatte kürzlich die Zuchtpolizei-Kammer des hiesigen Landgerichts eine einmonatliche Gefängnisstrafe verhängt. Die Staats-Anwaltschaft beruhigte sich inzwischen dabei nicht, indem das Strafmaß zu gering sei, und legte deshalb Appell dagegen ein. So kam denn diese Sache vor einigen Tagen abermals in der Appell-Instanz zur Verhandlung und das Appellations-Gericht nahm den Anteil der Staatsbehörde für begründet an, indem die Umtriebe, deran sich der Beschuldigte bedient, nicht der Art seien, daß die in der Allerhöchsten Verordnung vom 20. Januar 1820 festgesetzte niedrigste Strafe gegen ihn in Anwendung gebracht werden könnte. Demgemäß wurde die Strafe in sechsmonatliches Gefängnis verschärft.

Koblenz, 6. Dec. — Der „Rhein. Beob.“ widerspricht in einem Artikel aus Düsseldorf dem von dem mitgetheilten Gerüchte von der Pensionierung des Akademie-Direktors v. Schadow und dessen Erziehung durch den genialen Lessing.

Elberfeld, 6. Dec. (Köln. 3.) Vor einigen Tagen wurde beim hiesigen Friedensgerichte ein Rechtsstreit verhandelt, welcher zeigt, wie nothwendig die Kenntnis unserer Gesetzgebung in Bezug auf Schuldsherrschaft ist. Es hatte nämlich ein Hiesiger folgenden Schein ausgestellt: „Ich verpflichte mich, der N. N. das Wochenbett und jährlich 25 Thaler zu zahlen.“ Hierunter befindet sich der Name des Ortes und die Unterschrift. Obgleich nun die Zahlungsvorbindlichkeit deutlich ausgedrückt, setzte doch der Verklagte der auf Zahlung eines Jahresbetrags von 25 Thlr. gerichteten Klage die Einrede entgegen, daß er nichts verschulde und jener Schein da er keinen Grund enthalte, nicht beweisfähig sei. Der nun vom Kläger als Vertreter seiner minderjährigen Tochter vorgebrachte, vom Verklagten aber bestreite Verpflichtungsgrund wurde in dem am 28. v. M. erlassenen Urtheile als ein solcher bezeichnet, der wenn er auch wahr wäre, keine rechtliche Bindlichkeit nach sich ziehen könnte, sodann ausgeführt, daß jener Scheinkunde darstelle, als solcher aber, da er nicht notariell schon in der Form ungültig sei, daher Abweisung der Klage.

Deutschland.

Karlsruhe, 7. Decbr. (S. M.) Der längst erwarte Ministerwechsel hat nun stattgefunden: der seitliche Präsident des Ministeriums des Innern, Geh. Rath Nebenius, ist zum Präsidenten des Staatsraths und an dessen Stelle Staatsrath Beck zum Präsidenten des Ministeriums des Innern ernannt. In Folge dieses Wechsels sieht man noch weiteren Veränderungen entgegen.

Mannheim, 7. Dec. (Mannh. Abdz.) Nachdem durch Erlass des großherzogl. Ministeriums des Innern den beiden Herren, Mathy und Hammer, das Abhalten der angekündigten Vorlesungen endlich erlaubt dem Hrn. v. Struve aber untersagt worden war, erhielt nun auch Hr. Scholl, deutsch-katholischer Prediger davor, durch das hiesige Stadtamt den Bescheid, daß ihm ebenfalls seine beabsichtigten Vorlesungen über die Geschichte des Christenthums zu halten verboten seien. Es ist dieses um so unerklärlicher, als derselbe in seiner Eingabe an das Ministerium ausdrücklich erklärte, daß er nichts, als die reine, nackte Geschichte, wie sie in hundert Büchern schon längst zu lesen vortragen werde. Er wird darum, wie Hr. v. Struve, Rekurs ergreifen an das Staatsministerium. — Dieser Tage wurde in allen Karlsruher Buchhandlungen durch die Polizei nach der Broschüre gesucht, welche die Mannheimer Deutschkatholiken auf das Manifest der erzbischöflichen Curie unter dem Titel: „Unsere Antwort,“ erscheinen ließen.

Darmstadt, 9. Dec. (Gr. Hess. 3.) In der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer unserer Stände wurde einstimmig beschlossen, dem Antrage beider Ausschüsse beizutreten: „die Staatsregierung zu ersuchen, gleichzeitig mit dem bürgerlichen Gesetzbuche ein Gesetz über das Verfahren in Ehesachen ins Leben zu lassen; mittin den desfalligen Entwurf den Ständen vorzulegen.“

Aus Hessen, Anfangs Dec. (N. Sp. 3.) Der Prozess des Hofrats Muthard ist noch nicht zur Entscheidung gelangt. Er liegt nun seit anderthalb Jahren vor dem Oberappellationsgerichte zu Kassel.

München, 3. Dec. (Köln. Zeit.) Nach allerhöchster Bestimmung ist nun auch an unsern Landes-Unterstützten, nach dem Vorgange Preußens und anderer deutscher Staaten die Stundung der Honorare eingeführt. — Gestern kam hier der Reichsrath Fürst Wrede an, um, wie verlautet, auf längere Zeit zu verweilen. Die Gerüchte, als sei derselbe gesonnen, München und Bayreuth überhaupt zu meiden, haben sich also nicht bewährt.

Schwerin, 9. Dec. — In dem Antrag des Hrn. Stevers wegen Aufhebung der Censur wird u. a. angeführt, daß Mecklenburg früher gar keine Censur hatte. Erst seit den Carlsbader Beschlüssen sei dieselbe eingeführt worden. Bekanntlich geht der Antrag dahin, daß von Seiten Mecklenburgs bei dem Bundestag auf Pressefreiheit angetragen und in Mecklenburg selbst die Pressefreiheit hergestellt werde.

Hamburg, 9. Decbr. — Bei dem bevorstehenden Jahreschluss stellt es sich heraus, daß die Schiffahrt im vergangenen Jahr für den Handel eben so bedeutend war wie 1845; wenn gleichwohl in letztem Zeitraum der Zahl nach 100 Schiffe mehr auf der Elbe eintrafen.

Hamburg, 11. December. (B.-H.) Sicherlich Vernehmen nach ist nun auch die Genehmigung der

dänischen Regierung hier eingetroffen, so daß der Eröffnung der Berlin-Hamburger Eisenbahn für Personen- und Gütter-Verkehr zum 15. December keinerlei Hinderniß mehr im Wege steht. — Dem Vernehmen nach dürfte die am Bundestage von Lübeck eingereichte Petition wegen Verbindung mit dem deutschen Eisenbahnen einem befriedigenden Resultat entgegensehen. Die Frankfurter Versammlung hat sich in der Sache competent erklärt und in vertrauter Sitzung darüber berathen. Ein Bundesbesluß ist indessen nicht gefaßt worden, dagegen sollen Österreich und Preußen es übernommen haben, auf diplomatischem Wege durch ihre Minister bei der dänischen Regierung auf Gewährung der Petition hinzuwirken. Die von dem dänischen Cabinet ertheilte Antwort auf die überreichten Noten soll für die Interessen Lübecks günstig lauten.

Oesterreich.

† Lemberg. 10. Decbr. — In diesen Tagen publicirte das hiesige Gubernium 3 Rundschreiben, welche die bäuerlichen Verhältnisse in Galizien näher feststellen. Das erste enthält eine Veränderung, gemäß welcher auch die eingeckauften Grundstücke als Nutzungs-Eigenthum ihrer dermaligen rechtmäßigen Besitzer anerkannt werden. Das zweite setzt einen Normalzeitpunkt zur Bestimmung der gesetzlichen Eigenschaft der Grundstücke in Galizien fest. Das dritte enthält die Regulirung der Robot- und anderer Frohnleistungen. Alle drei haben jedoch nur für Galizien, u. nicht für die Bukowina Gültigkeit. Unterschrieben sind sie von dem Gubernialpräsidenten Frhr. Krieg von Hochsölden, dem Gubernialpräsidenten Leopold Grafen Lazanzy und dem Gub.-Rath Thaddäus Lederer. — Diese Verordnungen sind jedoch zu umfangreich, als daß ich sie ganz mittheilen könnte; ich werde daher nur diejenigen Punkte, die von allgemeinem Interesse sind, hervorheben. Nach der ersten Verordnung sind die eingeckauften Grundstücke als das Nutzungs-Eigenthum der dermaligen Besitzer anzusehn, wofür diese alle das mit verbundenen Rechte und Pflichten zu übernehmen haben. Es steht ihnen jetzt die freie Verflüchtigung über dieselben zu, jedoch mit dem Vorbehalt, daß sie das Grundstück nicht über zwei Drittel seines Wertes mit Schulden belasten dürfen. Die Grundherrschaften werden dagegen der bisherigen gesetzlichen Verpflichtung ihre Unterthanen zur Zeit der Noch mit Brot und Saatkorn zu unterstützen enthoben; welche Enthebung jedoch erst 3 Jahre nach der Einführung der Grundbücher über den unterthänigen Besitzstand in Wirklichkeit tritt. Nach der zweiten Verordnung wird als Normalzeitpunkt zur Bestimmung der gesetzlichen Eigenschaft der Grundstücke in Galizien nicht mehr das Jahr 1786, sondern das Jahr 1820 in der Art festgesetzt, daß die Grundstücke, welche damals im Besitz der Bauern waren, als Rustical-Kataster ermittelt worden ist, nach Abzug des Culturaufwandes als Maßstab der an die Grundherrschaften zu entrichtenden Leistungen festgesetzt. Der Ertrag des Grundstückes wird nach Maßgabe der davon gegenwärtig zu leistenden Steuer bestimmt, und es ist daher eine Tabelle obiger Verordnung beigefügt, die hierbei als Norm anzusehn ist. Es hat nach dieser derjenige, B., welcher von seinem Grundstück jährlich bis 1 Gl. $\frac{1}{15}$ Kr. C. M. Steuer zu zahlen hat, das Minimum von 26 Tagen, und welcher über 4 Gl. $1\frac{1}{2}\frac{1}{15}$ Kr. C. Mz. Steuer entrichtet, das Maximum vor 156 Tagen jährlich Handrobot zu entrichten. Jedem einzelnen Unterthanen und ganzen Gemeinden bleibt jedoch innerhalb eines Jahres die Wahl zwischen seinen bisherigen und der neuen Robotleistung vorbehalten. Nach Ablauf der angegebenen Frist wird angenommen, daß er sich der neuen unterzieht. Die Ausführung der Robot-Regulirungen und aller hierauf bezüglichen Maßregeln ist, unter Aufsicht des Landes-Guberniums, Sache der Kreisämter und ihrer Bezirks-Commissaire, welche hiezu mit den erforderlichen Instruktionen versehen werden.

Krakau.

†† Krakau, 11. December. — Wir gehören nun mehr seit beinahe einem Monate zu Galizien, und doch sind wir immer noch wie durch eine eherne Mauer von jenem unglücklichen Lande gerrennt; galizischen Edelleuten, die sich in Krakau aufzuhalten wollen, werden allerlei Passchwierigkeiten entgegen gehalten, wie ich Ihnen aus der sichersten Quelle mittheilen kann. Nur hin und wieder erzählt man sich diese oder jene Neuigkeit von jenseits der Weichsel. So will ich Ihnen heut eine solche galizische „Dorfgeschichte“, freilich leider keine Berthold Auerbach'sche erzählen. In einem Dorfe unweit Tarznow, etwa 15 Meilen von Krakau, lebte eine Bauer, von dem man wußte, daß er viele kostbareien aus den Besitzthümern geplündert oder getöteter Edelleute

versteckt hatte. Plötzlich erscheint ein Trupp bewaffneter Bauern, die ihn in entschiedenem Tone auffordern, den Ort anzugeben, wo er seine Reichthümer verborgen habe. Da er nicht gehorcht, so beginnt man, ihn auf alle mögliche Weise zu malträtiiren — was natürlich mit einem Lärm und Geschrei verbunden ist. Während dieses tumultes entkommt unbemerkt ein Mädchen aus dem Hause, welches in der Nachbarschaft nach Hülfe sucht; bald eilt eine bedeutend überlegene Bauernmannschaft herbei und siegt nach einem heiligen, aber nur kurzen Kampfe; wer fliehen kann, flieht; vier aber werden von den Siegern gefangen und augenblicklich aufgeknüpft. So üben diese Bauern das Standrecht aus. Es ist bedauernswert, daß dieses schöne und große Land — es zählt 5 Mill. Einwohner und ist bekanntlich ein fast unerschöpfl. reiches Getreide- und Fleischland — so furchtbar gelitten hat und immer noch leidet, ich möchte sagen, an einer beinahe unheilbaren Selbstzerstörungswuth; es ist oder war kein Bauerkrieg der armen Bevölkerung gegen einen reichen Adel, wie sie die Geschichte von den Hottent-Aufständen der alten Zeit bis zur Empörung der lettischen Bauern im J. 1842 so zahlreich kennt, sondern es ist ein weit größerer Schaden, der aus der kurz vorangegangenen Anarchie, aus dem Zustande, wo nur das brutale Recht des Stärkern galt, sich entwickelt hat, und es ist natürlich, daß es noch lange dauern wird, ehe man mit Recht wird behaupten können: die Ruhe ist in Galizien wieder hergestellt. — Die Nachricht von dem bewußten großen Bankrott in Breslau hat unter den hiesigen Geldleuten einen heillosen Schreck hervorgerufen; schon ehe die Zeitungen das traurige Ereignis mittheilten, hatte sich ein dunkles Gerücht davon auf Privatwegen hieher verbreitet. Es waren in Folge dessen auch sogleich mehrere hiesige Geschäftsmänner, die mit Breslau in besonders wichtiger Verbindung stehen, augenblicklich dahin abgereist; mit welchem Erfolge, weiß man nicht. Es will noch nichts darüber verlauten, wie weit der hiesige Platz dadurch Verluste leiden wird, doch läßt sich voraussehen, daß sie weder unbedeutend noch vereinzelt sein werden. — Wenn einige Zeitungen mittheilen, daß unsere Bauern von einer neupatriotischen Begeisterung für Oesterreich tief ergriffen sind, so sprechen sie vielleicht mehr ihren Wunsch, als die Wirklichkeit aus; der Bauer begeistert sich nicht so schnell für einen neuen Zustand, der ihm wenigstens bis jetzt noch keinen Vortheil gebracht hat.

— Von Neuem erregt hier das Schickal der eingekerkerten Revolutionsmänner die allgemeine Theilnahme, da einige deutsche Blätter wissen wollen, daß die Urtheile bereits — und zwar in großer Anzahl und auf den Strang lautend — gefällt wären. Sonst ist die am lebhaftesten besprochene Angelegenheit die Protestation von Seite Englands und Frankreichs; es gibt Leute, die sich besonders durch die englische nicht bestreitigt finden, weil sie — lächerlich genug — ein Ultimatum erwarteten; schon im gewöhnlichen Leben ist es eben so unklug, als unhöflich, mit der Thüre ins Haus zu fallen, wie viel mehr in der Politik. Die französischen Zeitungen, welche uns zu gleicher Zeit die englischen erzeigen müssen, lesen wir hier mit unermüdlichem Eifer; das Journal des Débats ist hier sehr verbreitet und in jeder Restauration von einem Renommée zu finden; daneben werden die beiden schlesischen Zeitungen viel gehalten, und seit wir die Oesterreicher hier haben, besitzen wir auch die Augsburger Allgemeine. — Mit nicht geringem Erstaunen haben wir in auswärtigen Zeitungen gelesen, daß man von einer angeblich neuerdings vorzubereitenden Verschwörung in Krakau wissen will. Mein Gott, welche alberne Gerüchte werden doch verbreitet. Die Sache ist ja geradezu eine unmögliche. Wir sind bekanntlich 40,000 Seelen in Krakau; nach dem A. B. C. der Statistik gehen davon 20,000 auf Weiber und 10,000 mindestens auf Kinder, Greise, Schwächliche, Kranke u. s. w. ab. Es bleibt also freilich immer noch eine hübsche Zahl übrig, aber — sie sind ja ohne Waffen; noch ist der Besitz oder das Aufbewahren derselben unter der strengsten Strafe verboten. Doch wozu solche Gerüchte erst noch widerlegen? Bekanntlich ist in unserer Stadt eine sehr große Menge mit allen Kriegsmitteln sehr gut verschnitten tapferer Krieger; nach 9 Uhr des Abends darf sich Niemand betreffen lassen, ohne von einer der zahlreichen Patrouillen nach dem Woher und Wohin? gefragt zu werden; die Polizei entwickelt eine unübertragliche Thätigkeit; das ganze Gebiet der ehemaligen Republik ist verhältnismäßig eben so stark besetzt; Galizien ist nahe und kann uns in der kürzesten Zeit eine beträchtliche Verstärkung senden. In der That, wer unter solchen Umständen hier an eine Erhebung dächte, der wäre nach meinem bescheidenen Dafürhalten für das erste beste Irrenhaus reif.

†† Krakau, 12. Decbr. — So eben erfahre ich, daß wohlunterrichtete Leute wissen wollen, wir würden die preuß. Post für immer behalten; mir aber kommt dies, so sehr ich es auch wünsche, doch ziemlich unwahrscheinlich vor. Denn ich glaube kaum, daß die

österreichische Regierung das Fortbestehen dieser Einrichtung auf die Länge würde vereinbar finden. Auch ihren Grundsätzen scheint mir jene Behauptung gar zu stark zu widersprechen, als daß ich ihr einzigermaßen Glauben schenken könnte. Indes wir wollen sehen! Gesetzt aber, sie sollte sich behaupten und aus einem Gerücht zur Wahrheit erhärten, dann würde ich es für ein wichtiges Anzeichen halten, daß unsere Regierung das neuverworbene Landchen in Besitz der bisher besessenen Bevorrechtungen lassen wolle. Vorsätzlich könnte dies die freudigsten Hoffnungen auf eine günstige Gestaltung unserer Handelsverhältnisse wecken; nämlich auf eine möglichste, und wo möglich vollständige Belassung beim Alten. Ich kann bei dieser Gelegenheit, wo von Dingen die Rede ist, die uns erst eine nähtere oder fernere Zukunft im Kleide der Verwicklung oder ins Reich der unerfüllten Wünsche verwiesen zu zeigen im Stande sein wird, nicht umhin, einer alten Lieblingsneigung von mir etwas nachzuhängen, nämlich der politischen Weissagekunst. Wie wird das Alles noch werden, wie wird das noch unentwickelte sich gestalten, wie das annoch gährende sich abklären? Diese Frage beschäftigt jetzt — man kann es wohl ohne Uebertreibung sagen — ganz Europa; und gewiß auch die glücklichen Söhne des freien Amerika lauschen neugierig auf die seltsamen Nachrichten, die ihnen von jenseits des Oceans aus der Welt zu kommen. Also frisch begonnen und flugs ein Stück Pythia gespielt! — Ich habe mich in einem früheren Briefe ausführlich über den wahrscheinlichen Erfolg eines möglichen Krieges ausgesprochen, den man von vielen Seiten als eine unumgängliche Nothwendigkeit betrachten möchte, an die ich aber aus den dort entwickelten Gründen nicht glaube. Krieg ist und bleibt unter allen Umständen ein Uebel, wenn auch mitunter ein sogenanntes nothwendiges; und zumal heutzutage hat jede Großmacht eine ganz entschiedene Abneigung gegen die traurige ultima ratio regum. Und zwar aus den allerverschiedensten Gründen: Also wie werden sich die gegenwärtigen Verwicklungen lösen? Ich glaube so: das Krakauer Sait accomplit wird endlich als solches unter Verwahrung dazu anerkannt werden, wenn sich nämlich Oesterreich dazu versteht den Zustand der neuverworbenen Unterthanen so günstig als möglich zu gestalten d. h. alles wo möglich beim Alten zu lassen; und das kann ja, so sollte man wenigstens denken, nicht schwer fallen. Das erste wäre aber eine recht gelinde Behandlung der Revolutionsmänner. — Wir sind so ziemlich darauf gefaßt bald und wahrscheinlich plötzlich alle fremden Zeitungen verbieten zu sehen. Das hat nun natürlich zur Folge, daß wir gegenwärtig jedes auswärtige Zeitungsblatt mit wahrer Heißhunger verschlingen; was ein himmlisches Schauspiel für Götter und Redakteure, für begierige Zeitungsleser aber oft höchst langweilig und eine scharfe Geduldprobe ist. Denn es gibt natürlich hier sehr viele, die eine deutsche Zeitung nur sehr langsam zu lesen und nothdürftig zu verstehen vermögen, und daher eine geraume Zeit über wenigen Spalten herumbuchstäbieren. Wehe einem armen Prätendenten derselben Exemplars, der weder viel Zeit noch Geduld zu verlieren hat! Diese Angelegenheit hängt auf das genaueste mit dem Aufhören der preuß. Post zusammen, worüber wir immer noch in vollkommener Ungewissheit sind. Das hiesige Postamt hat zwar in Berlin deshalb beim Generalpostamt angefragt, aber nur den Bescheid erhalten, daß der pflichtmäßige Dienst bis auf weitere Bestimmungen wie bisher fortzusetzen sei. Diese weiteren Bestimmungen können aber natürlich jede Minute erfolgen. Mit der polnischen Post ist die Sache bereits aufs reine gebracht; zum 16ten d. M. wird sie sich von hier nach Michalowice, der ersten

Station jenseits der russischen Grenze, zurückziehen; das ist uns allen aber höchst gleichgültig. — Seit dem 8. d. M. — Mariä Empfängniß — dürfen alle Kaufleute schwerer Strafe durchaus nicht an Sonn- und Feiertagen verkaufen. Bis jetzt war für gewöhnlich darin eine milder Praxis, und nur für die 3 hohen Festtage galt das strenge Verbot.

Dänemark.

Kopenhagen, 7. Dec. — Der Kronprinz von Schweden ist heute Vormittag auf dem Dampfschiffe „Kopenhagen“ hier angekommen und wird einige Tage in der Hauptstadt verweilen.

Frankreich.

Paris, 7. Decbr. — An der gestrigen (Sonntags) Tortoni-Börse herrschte große Aufregung. Grund dafür war hauptsächlich ein Artikel des Journal des Déb. über die finanzielle Lage Frankreichs, die trotz aller Gesenversicherungen ernstes Bedenken einflößt. In demselben heißt es u. a.: Die Regierung fühlt sehr wohl die bedeutende Aenderung, die seit der letzten Session eingetreten. Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Ausgaben die Hülfsquellen überstiegen, und sie überzeugt sich täglich, daß die Eisenproduktion nicht mehr im Verhältnis zum Verbrauch steht. Hieraus entstehen hohe Preise und Verzögerungen in der Ausführung der Staatswege. Von dem Wunsche beseelt, nichtsdestoweniger die große Eisenbahlinie vollendet zu sehen, hat sich die Regierung entschlossen, den Aktien-Gesellschaften die Ausführung derjenigen Strecken vorläufig zu erlassen, deren Ertrag am unergiebigsten sein dürfte. Die Gebotshöfe sollen demnach geändert werden. Indem auf diese Weise die Gesamtkräfte der Hauptlinie zugewandt und deren Produktivität um so näher gerückt wird, können die ursprünglich in den Gebot- und resp. Bedingnissfesten festgestellten Fristen um so leichter inne gehalten werden. Für diejenigen Linien, deren Ajournement ausgesprochen, würde natürlich eine verhältnismäßige Concessionsdauer eintreten. Dies ungefähr sind die Größenungen, welche die Regierung zunächst der Lyon-Avignon, Bordeaux-Setter und den Versailler Gesellschaften für die Westbahn gemacht hat.“ Dieser Artikel und die Befürchtungen der Wahlresultate in Spanien reagieren gewaltig auf unsere Staatsfonds. Die 3 p. Et. fielen auf 82, 20 und die spanischen auf 32 1/2. Man zittert, wenn man daran denkt, daß die Bank für 279 Millionen Kassenanweisungen im Umlauf, und kaum einen Baarbestand von 80,000,000 Frs in Kassa hat!

Es heißt, die englische Regierung habe der französischen eröffnet, wenn sich Frankreich von den Wiener Traktaten entbunden erkläre, werde England sich genötigt sehn, gemeinsame Sache mit den nordischen Höfen zu machen; auf diese Drohung hin habe man der Protestantiv eine gemilderte Fassung gegeben.

(B.-H.) Wir haben schon erwähnt, daß der Inhaltsangabe des Protestes, wie ihn die Presse in Bezug auf die Nichtigkeitserklärung der Wiener Verträge von Seiten Frankreichs gegeben habe, widersprochen werde. (s. u. vorgest. Bl. unter Paris.) Heute meldet das Portefeuille über diese Stelle des Protestes: „Man versichert uns, daß Mr. Guizot, nachdem er die Thatsache, wie die Juli-Revolution mit aus dem Haß gegen die Verträge von 1815 hervorgegangen, und wie der größte und kühnste Theil der 1830 siegenden Partei die sofortige Zerrissung dieser Verträge gewollt habe, hervorgehoben hat, erklärt, der beständige Gedanke der Regierung des Königs sei, über die Aufrechthaltung dieser Verträge zu wachen. Frankreich habe sie gewissenhaft besachtet, und die Verleugnung der-

selben abseiten der drei Mächte sei um so unbegreiflicher, je weniger nothwendig sie für die Sicherheit ihrer Staaten gewesen sei. Aber, setzt Mr. Guizot hinzu, Frankreich will nicht das ihm gegebene Beispiel nachahmen, Frankreich fährt fort, den Wiener Tractat als die Grundlage des europäischen Gleichgewichts zu betrachten, und hat sich seinerseits entschieden, ihn in einer Hinsicht zu verleihen.“

Kürzlich sah man in Paris eines Morgens in der Rue de Seine einen Mann mit einem ungeheuren Anschlagzettel auf dem Rücken vor der Wohnung eines Studenten auf- und abwandern. Auf dem Papier stand: „Herr E. ist mir das Geld für 30 Flaschen Rothwein schuldig; ich warte hier, bis er sie bezahlen wird.“ — Das soll gewirkt haben.

Paris, 8. Decembar. — Nach einer abermaligen Widerlegung der englischen Journals, die seit geraumer Zeit die Lieblingsbeschäftigung des Journal des Débats bilden, veröffentlicht das genannte Blatt eine Correspondenz aus Basel vom 5ten e., worin mehrere bemerkenswerthe Punkte sich verlöhrt finden. Erstens wird darin des Wohnungswechsels der Gesandten in der Schweiz in einer Art erwähnt, die fast glauben lassen könnte, daß irgend ein politisches Motiv dahinter stecke. Die zweite Nachricht betrifft eine angebliche Niederlage der Radikalen in Graubünden. Ein Gesetz gegen die Freicorps, das zu Guesten Österreichs und Sardinien im großen Rath durchging, ist die Veranlassung zur weiteren Besprechung. Der dritte Punkt jener Correspondenz meldet endlich einen Congress der Liberalen in Monthey (Unterwallis), von wo aus ein Rundschreiben an die gesamte Schweiz erlassen worden sein soll, was jedoch die Débats nicht mittheilen.

Costa-Cabral, der berüchtigte portugiesische Exminister, ist am 3ten in Bayonne eingetroffen.

Der versöhnliche Artikel der Times vom 2. Decbr. soll aus Brougham's Feder gekommen sein. (Kaum glaublich, dieweil die Times längst mit Lord Brougham überein Fuß gespannt sind.)

† Paris, 9. Decbr. — Der National läßt sich aus Algier vom 30. Nov. schreiben, die Überlassung eines Dampfschiffes an Hen. Dumas zu einer Vergnügungsreise hatte den regelmäßigen Postgang zwischen Algier, Oran und Tanger gestört. — Moula-Abd-el-Rhaman soll seine religiösen Skrupel überwunden und die Ausbeutung der Minen erlaubt haben. Eine Mine in der Nähe von Tetnan ist einem Mauren, einem Freunde Abd-el-Kaders, überlassen worden. Zuerst hatte sich derselbe einem Marseller Israeliten assiziert. Geldmangel erforderte später eine Actienunternehmung. — Der Moniteur veröffentlichte gestern eine Ordonnanz, der zufolge englische Schiffe den Transport von amerikanischem Getreide und Mehl für Frankreich besorgen können. Die Presse erhebt ein lautes Wehklagen, sie findet unsere Schiffahrt dadurch beeinträchtigt. Die Reformation will entweder einen Beweis der Inferiorität der französischen Handelsflotte oder eine Concession die England gemacht worden, darin finden. Die Gazette de France ist letzterer Ansicht. Nur der Constitutionnel billigt die Massregel unbedingt. Seine jetzige engl. Politik erklärt diese Ansicht zur Genüge. — Die Zurückforderung des dem französischen Consul Barbet de Jouy zu Maurice von dem engl. Admiral Dacres gewordene Einladung scheint neue Conflicte zwischen Frankreich und England herbeizuführen. Herr Barbet schrieb dem engl. Admiral keinen sehr höflichen Brief. Letzterer sendete diesen der engl. Regierung zu. England soll die Abberufung des Hrn. Barbet unter der Androhung ihm die Exequatur sonst zu entziehen, fordern. Hr. Barbet hat dem franz. Ministerium gleichfalls Bericht eingesendet. Die Semaphore empfiehlt Frankreich eine Handelsverbindung mit Deutschland, mit dem Zollverein, welcher ein Element der jetzigen Civilisation Europa's ist. Frankreich ist jetzt zwar eine Macht erster Größe, doch Frankreichs Grenzen sind für längere Zeiten eingengt. Der Eroberungsgeist ist aus unsern Sitten verschwunden, die Nothwendigkeit des Friedens macht immer mehr die Vergrößerung durch Waffen unmöglich. Mit England, den nordamerikanischen Freistaaten und Russland verzählt es sich nicht so. Diesen gegenüber müssen Frankreich, Preußen und Österreich einst von ihrem Staatenrange heruntersteigen. Obgleich letztere Staaten unseren freien Institutionen abgeneigt sind, so dürfen wir in unseren Nachbaren nicht unsere Feinde sehn. Frankreich solle keineswegs das gute Einvernehmen mit England und den nordamerikanischen Staaten brechen, ihnen aber nicht bessere Alliancen opfern. Eine russische Allianz würde in Frankreich zu großen Antipathien begegnen. Unsere natürlichen Verbündeten sind unsere Nachbarn; Belgien, Schweiz, Italien, Spanien, Deutschland. Mit diesen muß Frankreich commercielle Verträge abschließen, Zollvereinigungen treffen. Der Rhein ist keine Grenze, sondern ein Verbindungsmitte. Die Aufgabe ist schwer, aber einer Lösung würdig. Frankreich benütze nur die Disposition d. s. Zollvereins gegen England, gegenseitige Concessions werden den Weg bahnen. — Ein Gesetz, die Reduction des Tarifs aus-

ländischen Schmiedes und Gußeisens betreffend, soll den nächsten Kammern vorgelegt werden. — Der Graf von Rochejaquin erklärt, er habe sich nicht dem Wohlthätigkeitscomité angeschlossen, um demselben nicht zu schaden. Sein Vorschlag einer Lotterie scheiterte auch nur seiner Persönlichkeit wegen. — Von Michelet wird nächstens der erste Band einer Geschichte der Revolution eines vierbändigen Werkes erscheinen.

Großbritannien.

London, 8. December. — Der immer mehr überschneidende Ankauf von Schußwaffen von Seiten des Landvolks hat den Secretär von Irland, Hrn. Laubachere, veranlaßt, in einem Rundschreiben an die Friedensrichter auf Strafen aufmerksam zu machen, mit welchen die Gesetze die Theilnahme an bewaffneten Volksversammlungen belegen. Sehr wird darüber geklagt, daß die Grundbesitzer noch so wenig Anstalt machen, denn ihnen von der Regierung ertheilten Rath gemäß, auf eigenem Grund und Boden die nötigen Verbesserungen vorzunehmen und dadurch den hülfbedürftigen Arbeitern auf eine umfassendere Weise Beschäftigung zu geben, als es bei den öffentlichen Bauten geschehen kann.

Bis zum 30. v. M. (dem Schlusstermine) waren für die nächste Parlamentsession 260 neue Eisenbahn-Projekte angemeldet; am 30. Nov. v. J. betrug die Zahl 678.

Das der britisch-irischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft gehörende Schiff „Shannon“ ist am 5. morgens bei Plymouth ein Raub der Flammen geworden. Die Passagiere, welche sich an Bord des Schiffes befanden, 120 an der Zahl, sind sämtlich gerettet worden.

Dublin, 5. Decbr. — Ungeachtet der Unmasse von Beschäftigung bei öffentlichen Arbeiten in Verbindung mit dem, was die Unterstützungs-Comité's leisten, herrscht doch in den verschiedenen Distrikten ein schauermisches Elend. So unter Andern in der Grafschaft Cork, worüber der Cork-Reporter in einem Brief aus Skibbereen sich also ausdrückt: Keine Beschreibung oder Schilderung genügt, um von dem hier vorwaltenden Elende einen Begriff zu geben. Hunger, vollständige Blöße, Krankheit und eine Sterblichkeit, die ganz den Verheerungen epidemischer Krankheiten gleich, sind die charakteristischen Merkmale in den Behaullungen der Armen. Ein Fieber, das die Aerzte mit dem Namen „Hunger-Fieber“ belegen, rafft Tausende dahin und die durch Kälte und Nahrungsmanigel erzeugte Ruhe fordert mindestens eben so viele, wenn nicht mehr Opfer. Das hiesige Arbeitshaus enthält jetzt 900 Arme mehr, als wofür es ursprünglich gebaut ist; die Viehhäuser dienen als Schlafställe. Das Fieber-Hospital war eigentlich für 40 Kranke erbaut, und jetzt liegen 161 darin. Die Zahl der Todesfälle im Laufe des Novembers betrug 87. Man sucht sich die Armen auf jede Weise vom Halse zu schaffen. So wurden vorige Woche 107 Personen von hier nach Baltimore eingeschiffet, indem man sie mit den nötigen Kleidern versah und der Schiffskapitän ihre freie Ueberfahrt auf sich nahm. Der Berichterstatter besuchte dieser Tage in Begleitung eines Arztes mehr als dreißig Häuser in einer der Vorstädte von Skibbereen und er findet keine Worte, um den dort geschauten Jammer zu schildern. Er sagt wörtlich: „Wir fanden die unglücklichen Wesen dort auf der Erde liegen, auf einem Bündel faulen Strohs und in jeder Hinsicht schlimmer daran als Schweine gewöhnlich logirt und genährt sind in den kleinen Pachterhöfen.“

Spanien.

Madrid, 1. December. — Der Heraldo hat Nachrichten aus Lissabon vom 25. Novembr. Die Junta von Oporto, sowie der Marquis von Louis sollen dem Gr. Das Antas geschrieben haben, daß ihre Hülfsquellen erschöpft seien, und daß, wenn er sich nicht beeile, eine Schlacht zu liefern, es geschehen sei um die revolutionäre Sache.

Isturiz sieht mit Hilfe des Grafen Bressoa fester als jemals.

Schweden.

Luzern, 6. Dec. — Der ausgestreute Samen des religiösen Fanatismus trägt seine Früchte. Ein hiesiger Einwohner (damit die Sache nicht wie ein Märchen klinge, so nennen wie ihn, es ist der Maurer Anton Bachmann) hat mit seinem Nachbar, welcher ein Reiformirter aus dem Kanton Zürich ist, einen rechtlichen Anstand. Bachmann stellte nun vor der Behörde alles Ernstes die Behauptung auf, er gebe dem Nachbar keine Rede und Antwort, weil er ein Reformirter sei. So weit wenigstens, meinte er, werde man im Kanton Luzern jetzt gelangt sein, daß einem Reformirten kein Recht mehr gehalten werde.

Ein Spionat-System ist im hiesigen Kanton durch ein von Hrn. Schultheiß Siegwart und Regierungsrath Haut erlassenes Kreisschreiben an die 25 Kreisvorsteher des Russwyler-Vereins organisiert worden. Diese Kreisvorsteher sollen auf „radikale Zusammenkünfte“, „Uteruszschlösser“, „Boten“, „verdächtige Individuen“, „Unterschriften-Sammeln“ u. dgl. aufpassen und sofort an Hrn. Siegwart oder Haut (welcher Vorsteher des Russwyler Comites sind und zugleich die Polizei in Händen haben) Bericht erstatten.

Mit zwei Beilagen.

Erste Beilage zu № 293 der privilegierten Schlesischen Zeitung.

Dienstag den 15. December 1846.

Griechenland.

Athen, 22. Novr. — Eins der wichtigsten Ereignisse in Anschauung unserer inneren öffentlichen Angelegenheiten ist die vollständige Auflösung der Partei der Kyvernritiker. Bekanntlich scheidet sich der politische Theil der griechischen Staatsgesellschaft in drei Parteien: 1) die französische oder die der Anhänger des Kolettis, die seit zwei Jahren und etwas darüber besteht; 2) die englische oder die der Anhänger des Maurokordatos, die gegenwärtig den größten Theil der Opposition ausmacht, und 3) die russische oder die der Kyvernritiker. Diese letztere Partei war früher die vollzähligste und wichtigste. Indem sich dieselbe auf die alten und mächtigen Sympathieen des griechischen Volks für Russland bezeichnete, indem ihr die Ehre zu Theil ward, den ausgestoßenen Mann, der je Griechenland regiert hat, Ioannis Kapodistrias, als Führer zu erhalten und von demselben auf eine höchst verständige Weise organisiert zu werden; indem sie sich diesem ihrem Führer in einem Grade hingab, daß sie noch heutzutage, funfzehn Jahre nach seinem Tode, nach ihm benannt wird und zu ihrem Wahrzeichen das in Griechenland so mächtige religiöse Element hat, übte diese Partei seit langer Zeit den wentslichsten Einfluß auf die Regierung des Landes. Allein die Bedeutsamkeit und Wichtigkeit der Parteien hängt mehr von der Klugheit und Gewandtheit der Führer, welche keine Bedeutung haben, als von der Zahl ihrer Mitglieder ab. Diese ganze Partei ist nun in Begriff, unter die Fahne des Kolettis sich zu begeben, ihre Führer aber, Führer ohne Truppen, stehen allein auf der Seite der Opposition und werden sich unter die Herrschaft des Maurokordatos und seiner Anhänger beugen. Es ist klar, daß das Ministerium durchaus an Kraft gewinnen muß, die Opposition aber völlig geschwächt werden wird.

Miscellen.

* Berlin, 12. Dec. — In der gestrigen Aufführung des neuen Balletts von Hoguet: „der türkische Kost“ wurde unsre amuthige beliebte Solotänzerin Mademoiselle Polin während der Ausführung schwerer Lände und Pas von einem Brustkampf befallen, der sie mit einem starken Angstgeschrei zu Boden stürzte. Zum großen Schreck der Anwesenden wurde der Vorhang sofort heruntergelassen und die Vorstellung nicht beendigt. Mademoiselle Polin will in einigen Tagen wieder auftreten.

In der Nacht vom 9. auf den 10. December brach in Stettin in einem Wohnhouse am Wallwerk Feuer aus, das zwar bald gelöscht wurde, so daß nur ein Theil des Gebäudes niedergebrannte, wobei indes leider eine Frau durch Herabspringen aus dem dritten Stockwerk zu Tode kam und ein Mann lebensgefährlich beschädigt ward. Noch drei bis vier Personen, worunter einige Kinder, die mit genauer Noth aus den Flammen gerettet wurden, wurden leichter beschädigt und nach dem Krankenhouse gebracht. Sämtliche Personen gehören der arbeitenden Classe an.

Gießen, 8. Decbr. — Am 6ten d. M. starb der verdiente Professor der evangel. Theologie, insbesondere der neutestamentlichen Exegese, Dr. K. F. A. Friesche. Sein Tod ist ein großer Verlust sowohl für die Universität als für die durch ihn vertretene Wissenschaft. Auf seinem letzten Wege folgte ihm heute ein zahlreiches Geleite von Professoren und Studirenden. Die Grabrede, welche Professor Dr. Knobel hielt, entwarf in kurzen aber deutlichen Zügen ein interessantes Bild des Verstorbenen durch Schilderung seines Bildungsganges, seiner akademischen und schriftstellerischen Thätigkeit, seines Lebens als Mensch und Christ.

Mannheim, 7. Dec. — Die merkwürdigen Vorschläge, welche hier in öffentlichen Versammlungen gemacht wurden, um das Los der arbeitenden Classe zu verbessern, haben eine Caricatur hervorgerufen, welche große Heiterkeit erregt. Ein Advocat, der beantragt, daß die reicheren Leute die Armen an den Tisch nehmten sollten, ist abgebildet; seine Taschen sind angefüllt von Würsten, Schinken, Käse etc.; vor ihm stehen die Armen und rufen in pfälzer Mundart: „Hunger haben wir keinen, aber Durst haben wir!“ (Wenn jaer Vorschlag allerdings „merkwürdig“ war, so ist doch dieser Witz gewiß ein schlechter. Wir haben allen Grund, zu vermuten, daß es auch in Mannheim diesen Winter nicht ganz ohne Hunger abgeht, dort so wenig wie anderswo.) (Köln. 3.)

Paris, 7. Dec. — Demoiselle Nachel widerlegt in einem eigenhändigen Schreiben an das „Siecle“ das von diesem Blatte mitgetheilte Gerücht, dieselbe habe sich zur römisch-katholischen Kirche bekehrt.

Rom, 1. December. Diesen Morgen ist der Kron-

prinz von Bayern über Neapel nach Palermo abgereist. Eben wird eine kleine, höchst interessante Schrift hier gratis ausgegeben, welche die Forderungen der beiden extremen Parteien im römischen Staate, und zwar die

der Obscurantisten (welche das Glück des Staates auf die zu erhaltende Trägheit und Unwissenheit der unteren Volksschichten, auf Almospenden, die Macht der Strafmittel und eine in ein mystisches Dunkel gehüllte, quasi allmächtige Regierung sehen) zu bekämpfen und die der Progressisten in die nothwendig bedingten Grenzen zurückzuweisen, zugleich aber das Publikum auf den richtigen Standpunkt zu erheben sucht, um die Weisheit und Trefflichkeit des von Pius IX. bezeichneten Regierungssystems beurtheilen zu können. Als Anknüpfungspunkt ist sehr glücklich das vielbesprochene Circular des Kardinal-Staatssecretairs Gizzii über das Wagabundenswesen vom 24. August gewählt. Auf dieses folgt die mit Geist und tiefer Kenntniß geschriebene Abhandlung, unter dem Titel: „Einige Worte über vorstehendes Circular des Cardinal-Staatssecretairs Gizzii.“ Die Schrift macht das größte Aufsehen, und dürfte wegen der wohl begründeten trefflichen Durchführung von der besten Wirkung sein. Allgemein glaubte man — mit welchem Rechte, ist uns unbekannt — sie haben den französischen Gesandten Gr. Rossi zum Verfasser; sie ist in Paris gedruckt. — Der Papst hat, wie franz. Blätter melden, die Bewohner von Borgo di Faenza, welche sich jüngst hin arge Erexse gegen Liberale erlaubt hatten, begnadigt, ihnen aber zugleich durch das Staatssecretarat anzeigen lassen, daß sie im Wiederholungsfalle nach dem Agro Romano zu öffentlichen Arbeiten geschickt werden würden. (N. R.)

New-York, 24. Nov. Der Verein, welcher sich hier gebildet hat, um unentgeldlich den deutschen Auswanderern Rath zu ertheilen, hat eine Warnung an sie veröffentlicht, woraus wir Folgendes entnehmen: „Geht es Euch in der Heimath so schlecht, daß eine Veränderung des Wohnorts wirklich nötig wird, so sucht eine neue Heimath, die in Klima, Gebräuchen und Erwerbsmitteln der alten möglichst ähnlich ist. Um so weniger schwer wird Euch dann der Wechsel erscheinen Geht vorzugsweise nach solchen Staaten, in denen keine Sklaverei herrscht, und in denen der Weise sich keiner Arbeit zu schämen braucht, wo die bürgerliche Ordnung und Civilisation dauernd bestätigt ist, und wo Ihr nicht in Furcht vor feindlichen Indianerstämmen zu leben habt. Versteht Ihr eins der feineren Handwerke gründlich, so sucht ein Unterkommen in den größern Städten; seid Ihr Ackerbauer, so wendet Euch nach solchen Staaten, in denen man vorzugsweise die Erzeugnisse des deutschen Bodens erntet, mit deren Behandlung Ihr vertraut seid, als solche empfehlen wir für bemittelte Leute, denen an einer civilisierten Umgebung gelegen, das westliche New-York, Pennsylvania und Ohio — für unbedimmtere, die nur einen geringen Preis für Land anlegen können, Michigan und Wisconsin, auch Indiana und Illinois. Bergleute finden in Pennsylvania, New-Jersey, Virginien und Maryland am leichtesten Beschäftigung. Wie nennen hier Missouri nicht, weil es ein Sklavenstaat ist; allen Einwanderern dahin raten wir nebenbei den billigeren Weg über New-Orleans zu nehmen. Weber finden in Philadelphia und der Umgegend am ehesten Arbeit. Kommt nicht mit der Idee hier ein Paradies zu finden, weder in materieller, noch in politischer Hinsicht. — Auch hier verdient der Arbeiter im Schweiz seines Angesichts sein Brot, und es giebt Reiche und Arme, Einflusfreie und Abhängige hier wie überall. Träumt auch nicht, einen Staat im Staat bilden zu können.“

Schlesischer Nouvelles-Courier.

Tagesgeschichte.

** Breslau, 12. December. — Die № 289 dieser Zeitung brachte einen aus Österreich an die Grenzboten gerichteten Artikel, in welchem das Gebiet des Freistaats Krakau ein Schmugglernest genannt wird, und in welchem die Gesamt-polemik für die Einverleibung des Freistaats in den großen österreichischen Staatskörper aus dem Douanen-Gesichtspunkt und behandelt wird. Obgleich eine so eng und knapp gesetzte Ansicht eigentlich nicht die Entgegnung verdiente, welche die Redaction dieser Zeitung, indem sie den in Nede stehenden Artikel ihren Lesern mittheilte, von uns zu erwarten schien, so glauben wir doch einer großen Zahl unserer schlesischen Landsleute einen Dienst zu erweisen, wenn wir die Basis andeuten, auf welche hin die ver-

Kurzem von Seiten hiesiger Stadt und des Handelsstandes nach Berlin gesandte Deputation ihre Argumente für das Bestehen des handels-politischen Status quo geltend gemacht und die große Genugthuung gehabt hat, daß von allen Seiten diese Ansichten nicht allein gutgeheißen, sondern auch als identisch mit denen gefunden wurden, welche von Seiten unserer hohen Staatsregierung bei den in diesem Augenblick in Wien schwelenden Verhandlungen zum Grunde gelegt worden sind. Der Freistaat Krakau, welcher den Verträgen vom 3. Mai 1815 und der Wiener Schlufzacte vom 9. Juni desselben Jahres sein Dasein verdankt, sollte nach den Traktaten niemals ein anderes Besteuerungsrecht, als das des Brücken- und Wegegeldes haben und der § 8 des Traktates vom 3. Mai — cons. Gesetzesammlung 1815 — bestimmt ausdrücklich, daß keine Eingangs- oder Consumentsteuer, weder an den Grenzen, noch innerhalb dieses Gebietes je erhoben werden können. Durch einen solchen Vertrag wurde das Gebiet Krakau's ein solches, auf welchem nicht allein die Unterthanen der 3 Schirmächte ihren Handel trieben, sondern die ganze Welt konnte eben so gut dort die Produkte ihres Gewerbesleßes verkaufen oder gegen Erzeugnisse anderer Länder austauschen. Was also dem Einen Recht, war dem Andern billig; es bestand eine vollkommene Parität für alle Handelsstreibenden, und eine solche einseitig und allein zu Gunsten Österreichs aufheben, würde sich niemals recht fertigen lassen. Es muß also bei der Einverleibung Krakau's und seines Gebietes in den österreichischen Staatskörper ein großer Unterschied zwischen der administrativ-politischen Einverleibung oder der Aenderung seiner Regierungsreform und den durch Traktate festgestellten mercantil-politischen Bestimmungen gemacht werden; denn während in dem ersten Falle die 3 Schirmächte die von ihnen dem Gebiete von Krakau verliehene Verfassung, insofern diese den Erfordernissen der Zeit nicht entsprach, zu modifizieren sich bewogen finden konnten, lag in Bezug auf die handels-politische Frage kein Gravamen vor, welches eine vollkommene Zerstörung aller seit 30 Jahren angeknüpfter Handels-Verbindungen recht fertigen konnte. Der Handel, welcher von Schlesien zunächst aus nach Krakau getrieben wurde, war ein vollkommen legitim; von einem Schmuggeln war von Seiten der Breslauer oder Leipziger Waarenhändler eben so wenig die Rede, als von Seiten des Wiener oder Mailänder Kaufmanns; es bestand wie schon oben erwähnt eine Parität für Alle und wie Österreich die 150,000 Consumenten welche im Freistaat selbst wohnen, bis hierher mit Schlachtvieh, glatten Seidenwaaren, Quincallerie und Wiener Shawls versorgte, lieferte Schlesien grobe Strümpfe aus Brieg, Eisenpostrie aus den oberschlesischen Bergwerksdistrikten, Baumwollwaaren von Langenbielau, Leinen von Greifenberg und Hirschberg, Tabak von Ohlau, Wansen und Neumarkt und endlich im Zwischenverkehr Colonial-englische Manufakturwaaren und Weine. Den schlesischen Gewerbe- oder Handelsstreibenden strafen wollen, weil der polnischen Emigration in Paris es beliebt hat in Krakau Umtriebe und Aufstände zu veranlassen, dürfte kaum zugehen werden, und während Österreich an Aerialias-Einkommen von Domainen, Kohlen- und Zinksgruben des ehemaligen Freistaats Krakau eine halbe Million baar Geld jährlich einnehmen wird, kann Schlesien, Rheinland und der Zollverein für eine Menge ihrer Erzeugnisse nicht noch obendrein an Österreich 150,000 Consumenten cediren. Was nun aber die Behauptung anbetrifft, daß das Krakauer Gebiet ein Schmugglernest gegen Österreich gewesen, so ist dies leichter ausgesprochen als erwiesen, denn es liegt in der Notorität, daß die österreichischen Fabriken namentlich in Baumwolle, Seide und Wolle solche Fortschritte gemacht haben, daß sie überall die Concurs

renz namentlich im Orient mit den englischen und französischen aushalten, und daß selbst bedeutende Quantitäten davon in Krakau verkauft und Brünner Bukshins und Elastiques in großen Quantitäten nach Russisch-Polen eingeschmuggelt werden. Ist also überhaupt davon die R.de, daß ein Theil der nach Krakau verhandelten Waaren in den Schmuggel übergegangen, so liegt auf der Hand, daß dieser nach Russisch-Polen gesichtet gewesen und zwar naturgemäß, weil die Handelspolitik Russlands es für gut findet, in einem Lande ohne Industrie prohibirende Eingangsölle zu erheben. Die Demoralisation, welche jeder Schmuggel-Handel in seinem Gefolge hat, ist bei dem gegenwärtigen Status quo weder auf Preußen noch Österreich, noch den Krakauer Einwohner sondern allein auf die Bewohner des Königreichs Polens gefallen. Dandin tu l'as voulu — war das einzige was man zu Russland sagen konnte, und es kann keinem verständigen Manne einfallen, weil Russland außerordentlich hohe Eingangsölle hat, unsrer eignen inländischen Industrie ihren Handel nach einem port franc, denn dies ist Krakau bis zu dieser Stunde verschränken zu wollen, noch weniger kann es aber wünschenswerth erscheinen, daß da wir keine port franc an unseren Grenzen gegen Russland auf unserem Gebiet anlegen können, wie Österreich dies an Brody hat, wir die Demoralisation sämtlicher oberschlesischen Kreise herbeiführen oder gar unsere Hand dazu reichen sollen. Es stellt sich die Krakauer mercantil.-politische Frage Preußens gegen Österreich etwa wie folgt: A. Soll Schlesien 150,000 Consumenten und seinen bedeutenden ganz legitimen Handel, der nahe an 5 Millionen beträgt, verlieren oder aber soll Österreich neben den aerarialischen Vortheilen seinen Unterthanen das Monopol eines guten Marktes schaffen? B. Soll Schlesien seinen Handel an Kohlen und Zink nach Österreich verlieren und seine Grenzkreise der Pest des Schmuggelhandels überliefern, oder aber soll ein durch den Vertrag, welcher die gegenwärtige Grundlage des europäischen Staatsrechts bildet, herbeigeführter Zustand und ein seit 30 Jahren dadurch begründeter Handelsweg einseitig und zum Nutzen derjenigen Macht aufgehoben werden, welche durch die politische Vereinigung Krakau's das ungeheure Resultat allein zu erlangen hofft, sein eigenes Land Galizien zu pacificieren? C. Soll ein wahrhaft Leoninischer Vertrag die materiellen Interessen der diesseitigen Unterthanen in solcher Art beschädigen, daß der letzte Rest des ehemaligen großen Handels Schlesiens nach dem Osten auch noch verloren geht, und zwar zu Gunsten einer Macht, welche das ganze Commodum politisch wie finanziell überkomm, während wir für beides das Commodum, wie groß können wir wahrlich jetzt noch nicht ermessen, übernehmen?

* Freiburg, 13. December. Die Bahn ist trotz des großen Schneefalls in den beiden letzten Tagen durch extreme Anstrengungen, besonders unter persönlicher Leitung des Hrn. Oberingenieurs Coelius von Breslau bis Freiburg wieder geöffnet und fahrbar gemacht. Wir halten es für unsre Pflicht dies anerkennend zu berichten.

W o l b e r i c h t.

Breslau, 14. Decbr. — Wenn es in anderen Handels-Artikeln ziemlich still in den letzten Wochen hinging, so war es dagegen mit dem Wollgeschäfte eben so lebhaft, als im Monat November und obgleich keine höhere Preise angelegt worden sind, so hat man doch gegen 450 Ecr. von unseren Lagern bezogen. Man zahlte für ganz feine polnische Einschur von 60—62 Rtl., für mittelfeine vergleichbar von 53—56 Rtl. und für russische nach Qualität von 48—52 Rtl. Von schlesischen Wollen wurden nur Schweiss- und Gerberwollen zu dem Preise von 48—55 Rtl. beliebt. Die Kontraktgeschäfte waren nicht so lebhaft als gegen Ende November und sind die wenigen Abschlüsse meist nur zu den letzten Juni-Marktpreisen gemacht worden. Es ist nicht in Abrede zu stellen, daß in dieser Beziehung mehr geschehen möchte, wenn nicht die laurigen mercantilischen Verhältnisse, ganz besonders aber der allgemeine vorherrschende Misserfolg, unsere Spekulanten von größeren Unternehmungen zurückhielten.

G i t e r a t u r.

Denkwürdigkeiten aus der Geschichte der Stadt und Standesherrschaft Wartenberg. Gesammelt und herausgegeben von Friedrich Gustav Gerhard Kurts, Rektor der evang. Stadtschule in Poin. Wartenberg. A. Ludwig. 1846. VIII. u. 207 S. 8.

In den leichtverlorenen Jahren ist eine ziemlich bedeutende Zahl von Büchern erschienen, deren Verfasser die Geschichte einzelner Städte und Kirchen Schlesiens zum Gegenstande ihrer Forschung gewählt hatten. Sind auch manche derselben in der Art abgefaßt, daß sie eigentlich nur ein Lokal-Interesse beanspruchen können, so bieten doch fast alle mehr oder weniger ein Scherlein zur Aufhellung der Geschichte unserer Provinz, die noch immer einer Bearbeitung harrt, welche den Ansprüchen des Geschichtsforschers genügte. Tressliche Beiträge zu einer solchen liefern die oben erwähnte Schrift von Kurts, welche unbedenklich den wertvollsten Lokalgeschichten beizuzählen ist. Nicht nur, daß der Verf. Urkunden und alte Actenbücher zu benutzen Gelegenheit hatte und von diesen angemessenen Gebrauch gemacht hat: er hat auch den reichen Stoff den Anforderungen der Kritik gemäß bearbeitet und eine eben so übersichtliche als gefällige Darstellung geliefert. Wohl sehr richtig bemerkt in letzterer Beziehung der Verfasser S. V. s.: „Was der Mensch im Schlimmen oder Rechten für seinen Zustand gehabt, wie seine jedesmalige Zeit ihn erfaßte und er sie ansaßte, wie er sich half oder nicht half, wenn das Schicksal ihn niederschlug — das ist die Aufgabe einer heutigen Lokalgeschichte. Wenig wird da von Windstößen, Wasserfluth, Feuerbrand, Raub und Mord die Rede sein. — Das allgemeine Bild einer Zeit oder auch eines Landesteiles zu bestimmter Zeit ist aus den Hunderten von Besonderheiten gebildet; also spiegelt sich in jedem Besondern das Allgemeine ab, oder im Gegentheil muß es sich als Ausnahme bemerklich machen. Aus diesem Gesichtspunkte habe ich oft das Ganze unserr Provinzialzustände in meine Aufgabe hineinheinen lassen, und ich hoffe, dadurch dem wahren Zusammenhang des Erzählten gefördert zu haben.“ — Möge das Buch recht zahlreiche Leser finden! Mögen ganz besonders auch diejenigen davon Kenntnis nehmen, die für die Bearbeitung der Lokalgeschichte thätig sein wollen!

Auslösung der Charade in der gestr. Ztg.:
Vielfrass.

H a n d e l s b e r i c h t.

Breslau, 12. Dec. — Die in neuester Zeit unsern Platz betroffenen Unglücksfälle mehrerer angesehener Handlungshäuser haben auf das Geschäft am hiesigen Getreidemarkt nicht ohne Einfluß bleiben können, und zeigte sich im Laufe dieser Woche fast für alle Kornarten nur eine sehr schwache Kauflust, obwohl die Preise von Weizen und Roggen neuerdings um einige Silbergroschen gegen unsere letzten Notirungen zurückgegangen sind. Man zahlte für weißen Weizen nach Qualität 70 à 92 Sgr., für gelben 65 à 88 Sgr., für Roggen 77 à 83 Sgr. per Scheffel.

Gerste wurde nicht billiger erlassen und forderte man für gute schwere Ware 60 à 63 Sgr., stand aber darum nur spärliche Abnahme, geringere Sorten blieben zu 52 à 58 Sgr. käuflich.

Hafser war nicht häufig angefragt und steigerte sich dadurch auf 31 à 38 Sgr. per Scheffel.

Erbsen behaupten sich auf 75 à 84 Sgr. per Scheffel. Knäppen fand zu 81 à 83 Sgr. per Scheffel Nehmer, war aber nur spärlich angefragt.

Die gedrückten Kieshaatpreise haben die Zufuhren sehr verringert und konnten bei den fortlaufend slauen auswärtigen Berichten, die vor kommenden wenigen Parthen nur mühsam zu unseren letzten Notirungen plaziert werden.

Hohes Blübbi bei mäßigem Umsatz ohne Veränderung. Spickeus hat sich im Preise weder etwas niedrigere gestellt, und ist Loco-Ware zuletzt mit 13², à 1/2 Rtl. gemacht worden. Zu letzterem Preise zeigten sich heute noch Abgeber, man wollte denselben aber nicht mehr zugestehen. Spätere Lieferung ohne Umsatz.

Breslauer Getreidepreise vom 14. December.			
	Beife Serie:	Mittelsorte:	Getinge Serie
Weizen, weißer	92	85	88 Sgr.
Weizen, gelber	88	83	68 "
Roggen	82 ¹ / ₂	79	76 "
Gerste	62	58	52 ¹ / ₂ "
Hafser	38	36 ¹ / ₂	35 "
Knäppen	83	81 ¹ / ₂	80 "

A c t i e n - C o u r s e.

Breslau, 14. December.
Oberschles. Litt. A. 4% p. G. 103¹/₂ Gld.
dito Litt. B. 4% p. G. 95¹/₂ Gld.
Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% p. G. 97¹/₂ Br.
Niederschles. Märk. p. G. 90¹/₂ Br. Prior. 5% 100¹/₂ Br.
Rhein. Prior. Stamm 4% Zus.-Sch. p. G. 87¹/₂ Gld.
Ost-Rheinische (Görl.-Mind.) Zus.-Sch. p. G. 90 G.d.
Sächs.-Schl. (Dres.-Wit.) Zus.-Sch. p. G. 98¹/₂ Br.
Krakau-Oberschles. Zus.-Sch. p. G. 75¹/₂—75% bez. u. Br.
Friedr.-Wilh.-Nordbahn Zus.-Sch. p. G. 74¹/₂ Br.

Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn.
Auf der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn wurden in der Woche vom 6ten bis 12ten d. Monats 2222 Personen befördert. Die Einnahme betrug 2627 Rthlr. 14 Sgr. 6 Pf.

B e k a n n t m a c h u n g.

Zufolge Bestimmung des königl. General-Post-Amts wird vom 15. December e. an die Schnellpost zwischen Breslau und Glogau aufgehoben, welches bekannt gemacht wird. Breslau den 12. December 1846.

Ober-Post-Amt.

B e k a n n t m a c h u n g.

Vorher haben die Schüler auf vielen unserer Schulen den Lehrern an deren Geburtstagen und an Weihnachten oder Neujahr, Geschenke gemacht. Wir haben jedoch in Übereinstimmung mit der Wohlthätigkeit der Stadtverordneten-Versammlung beschlossen: diese abzustellen, und bringen Solches hiermit zur Kenntnis der resp. Eltern und Vermünder.

Breslau, den 4. Dec. 1846.

Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

B i n s e n - Z a h l u n g.

Den Inhabern hiesiger Stadt-Obligationen wird hierdurch bekannt gemacht: daß die Zinsen davon für das halbe Jahr von Johanni bis Weihnachten 1846 an den Tagen vom 21ten bis zum 31. December e. einschließlich, mit Ausnahme der dazwischen fallenden Sonn- und Feststage, den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr auf die hiesigen Kämmerer-Hauptkasse in Empfang genommen werden können.

Die Inhaber von mehr als zwei Stadt-Obligationen werden zugleich aufgefordert, Behufs der Zinsen-Erhebung ein Verzeichniß, welches

- 1) die Nummer der Obligationen nach der Reihenfolge,
- 2) den Kapitals-Betrag,
- 3) die Unzahl der Zinstermine, und
- 4) den Betrag der Zinsen speziell angibt, mit zur Stelle zu bringen.

Breslau den 2. Decbr. 1846.

Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

B e k a n n t m a c h u n g.

Die in den Straßen hiesiger Stadt angesammelten großen Schneemassen können weder von dem städtischen Marstallfuhrwerk, noch von den angenommenen Hülfsfuhrern so schleunig fortgeschafft werden, als dies zur Herstellung einer unbhinderten Passage notwendig ist.

Wir ersuchen daher diejenigen unserer Mitbürger, welche Equipagen halten, zu dem vorgedachten Zwecke durch Hülfsfuhrern mitzuwirken und sich denjenigen zu fälligst anschließen zu wollen, welche bereits Zugestellt und dadurch, wie wir dankend anerkennen, ihre Gemeinsinn betätigten haben.

Plätze zum Abladen des Schnees sind:

- 1) hinter dem Selenkeschen Institut am Mäusetrich;
- 2) an der Magazin-Brücke, Ende der Weißgerbergasse;
- 3) zwischen der langen und kurzen Überbrücke;
- 4) an der Mittelmühle, und
- 5) auf den Holzplätzen vor dem Ziegelthore, und am Oderufer.

Breslau den 14. December 1846.

Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

B e r i c h t i g u n g.

In meiner Rechtszeitung Nr. 292 soll es beifolgendem

hr. Dekonomie-Commissions-Rath Goebell.

Link.

* Breslau, 14. Decbr. — Beim Schlusse des Blattes (6 Uhr Abends) waren die Briefe und Brieftaschen von dem Mittagszuge der niederschlesisch-märkischen Eisenbahn noch nicht eingetroffen.

